

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES  
**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung  
**Band:** 2 (1983)  
**Heft:** 4: "Die Anti AKW Bewegung"  
  
**Artikel:** Worte, Wahlen, Wandel  
**Autor:** Geissberger, Werner  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586573>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 04.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# WORTE,



Die Wahlen sind vorbei. Die Mehrheit schwieg. Der Wald stirbt weiter. Der Umweltschutzartikel steht seit 1971 in der Verfassung. Die nationalrätliche Kommission hat mit 18 Ja gegen 13 Nein den Bedarf für das Atomkraftwerk Kaiseraugst bejaht, ein Resultat übrigens, das sich schon vor einem halben Jahr präzise voraussagen liess. Demnach: Stabile Machtverhältnisse, Wahlen wie gehabt. Wirklich?

Nur eines wissen wir mit Bestimmtheit: Die Kassen der Inseratenabteilungen und der Werbebüros stimmen. Allein die Wahl-Annoncen bedecken eine bedruckte Fläche von 12,4 Quadratkilometern. Für 21 000 Zeitungsinserate wurden wohlgezählte 8,6 Millionen Franken ausgegeben. Dabei schoss der Kanton Zürich den Vogel ab. 3,56 Millionen für «markante» Köpfe und mächtig spannende Polit-Propaganda, zwischen die kauffördernden Inserate der Konsumgesellschaft eingestreut. Mit andern Worten: Ein Zürcher Nationalratsstz kostet im Durchschnitt 100 000 Franken.

Ein Trostpflästerchen immerhin für jene, die an demokratisch gefällte Wahlentscheide glauben. Die beiden Zürcher Grosssprecher, die mit diversen Hunderttausendern einen Nationalratsstz kaufen wollten, haben sich zwischen die Stühle gesetzt, durchgefallen...

## Die grüne Welle wogt

Vor lauter Grün hätte man beinahe die mehr als tausend Verwaltungsratsstze, die unsere Parlamentarier insgesamt tantienrechtlich besetzt halten, aus den Augen verlieren können. Denn alle schienen auf die Angsttriebe der Weiss-tannen zu starren.

Ganz im Vertrauen und unter uns gesagt: Dies hätte eigentlich das Wahlthema weit früherer Jahre sein müssen. Denn die Horror-Daten über die bevorstehende Waldkatastrophe sind seit einem Jahrzehnt bekannt.

Immerhin glaubt die Presse im Wahleresultat «grüne Signale für Bern» erkennen zu können: «Und Grün siegte doch» («Weltwoche»), «Umweltverbände drückten Wahlen den Stempel auf» («Tagessanzeiger»), «Grün ist angekommen» («Brückenbauer»). Das Panda-Bärchen macht stolz das Männchen: «Umweltschützer sind die Sieger».

Doch soviel grüne Euphorie sollte uns den Blick auf die real existierende Schweiz nicht trüben. Der leise Wellenschlag in den Randzonen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Machtzentrum bestätigt fühlt: «Aus den Stimmen der in diesen Wahlen aktiv gewordenen Bürger spricht im Gegenteil ein Grundvertrauen, das breiteste Kreise nach wie vor in die hergebrachte politische Ordnung und die gewählten Repräsentanten setzen. — Die Schweiz bietet auf Grund der Nationalratswahlen 1983 ein Bild erstaunlicher Stabilität.» So Chefredaktor Dr. Hugo Bütlér in der «Neuen Zürcher Zeitung».

Bestätigungsritual, stabile Machtverhältnisse? Dazu ein sachkundiger und kritischer Beobachter unserer Polit-Szene, Oskar Reck: «Wer glaubte oder noch immer glaubt, die Regierungsparteien hätten sich unschwer behauptet und die Oppositionsgruppen seien ein weiteres Mal an die Peripherie verdrängt, erliegt einem kapitalen Irrtum. Die grossen Gruppen sind nicht mehr, was sie noch vor kurzem waren, stoss- und widerstandskräftig, und es gibt zwar nur wenige Man-



# WAHLEN,

date und einen geringen unmittelbaren Einfluss der Kleinen. Doch die indirekte Wirkung ist kaum mehr zu verkennen. Der Themenwechsel, der unsere Zeit kennzeichnet, wurde nicht in der politischen Mitte erkannt und aufgegriffen, sondern an der Peripherie, und von dort her gelangt er in die etablierten Parteien. Es sind die inneren Spannungen, die wachsen, und es gibt in jedem neuen Streitfall auch neue Fronten.»

## Hoffnungsschimmer: Analytiker und Visionäre im gleichen Boot

In verblüffender, doch einleuchtender Art decken sich die Analysen der Kenner unseres politischen Systems und des darin verborgenen «eidgenössischen Seelenlebens» mit den prophetischen Worten in Willi Ritschards letzter Rede (13. Oktober 1983):

«Zeiten wie die unseren — so kommt es gelegentlich einem Manne in meinem Alter vor —, Zeiten wie die unseren können sich fast nur deshalb entwickeln, weil die menschliche Vorstellungskraft nicht ausreicht, sich sie vorzustellen.

In dieser etwas düsteren Vorstellung beginnt allerdings ein kleines Licht zu leuchten: Zwar geht der grössere Teil unseres Volkes immer noch geradeaus auf dem gewohnten, aber eben gefährlich gewordenen Pfad.

Aber kleine Minderheiten leiten langsam eine Schwenkung ein. Und das ist eine Hoffnung.

Es waren immer nur wenige und einzelne, die die Menschheit in neue Richtungen gedrängt haben. Das erleben wir auch in unserer Zeit. Langsam zwar. Nur der Leichtathlet meint eben, er müsse immer über die Latte. Der Politiker geht aber ganz gerne auch unten durch. Die Demokratie ist eben die Staatsform der Geduld.

Das werden auch die Ungeduldigen nicht ändern. Aber wir brauchen unsere Ungeduldigen und Drängenden. Solche Menschen sind immer unbequem. Dem Bürokraten ist der Briefbeschwerer oft wichtiger als der Beschwerdebrief. Und auch mancher von uns ist da auch nicht besser.

Leute, die der Zeit vorausseilen, werden fast immer zur Zielscheibe von Verfolgern.

Aber — ich wiederhole es — wir brauchen die Ungeduldigen. Wir sollten sie nicht

# WANDEL

nur tolerieren. Wir sollten sie — vielleicht mehr als je — als Vorreiter ansehen, die uns die Lage bewusst machen und uns zum Handeln zwingen. Jede Religion hat einmal als Ketzerei angefangen.»



Wenn es stimmt, dass unser Mutterland die «Ungeduldigen und Drängenden» (Willi Ritschard) braucht, wenn es stimmt, dass die für eine sinnvolle Weiterentwicklung unserer Gesellschaft entscheidenden Probleme «nicht in der politischen Mitte erkannt und aufgegriffen wurden, sondern an der Peripherie» (Oskar Reck), wie kommt es dann, dass Menschen, die nach neuen Lebensformen Ausschau halten und ein umweltzerstörerisches Wirtschaftssystem reformieren möchten, sich schutzlos der gefährlichen Engstirnigkeit jener ausgesetzt sehen, die das Vaterland offenbar für sich gepachtet haben? Zürichs neugewählter Nationalrat Ernst Cincera ortet Bürgerinitiativen im «Umfeld des Terrorismus». Ein engagierter Umweltschützer kann kaum mehr in einem «unpolitischen» Reklameblättchen blättern, ohne «erschrockliches» über seinen «verwirrten Geisteszustand» zu lesen. Nur mit einem gewissen Selbstvertrauen und einer Spur bitteren Humors kann es uns gelingen, diesem Druck standzuhalten. Eine solche Haltung hat uns Franz Hohler beispielhaft vorgelebt, indem er seinen Ärger über die Kaiseraugst-Denkpause witzig abregierte und als «AKW-Dachschaden-Geschädigter im Jahre 2050» vor seinem Hause postierte.

Hier ein Muster-Abschuss-Text zwischen Kochrezepten und gesünder-Leben-Ratschlägen in der Zeitschrift «Blihgund» (Auflage 1821050 Exemplare): «Wenn man die Programme der Melonengrünen liest, so kommt man zur Überzeugung, dass ihr grünes Engagement nur dazu dient, das in breiten Schichten vorherrschende Malaise über die zunehmende Zerstörung und Belastung der Umwelt als grünen Hebel zu benutzen, um die Gesellschaft aus den Angeln zu heben. Die Sorge um die Umwelt lässt diese roten Grünen im Grunde

so kalt wie der letztjährige Schnee auf dem Matterhorn. Nirgends wird die Umwelt derart gründlich ausgebeutet wie in den roten Herrschaftsbereichen und der ebenfalls von diesen Rotgrünen in die Brust geschlossene Dritte Welt.»

Der gleiche Tonfall im «PRO», der «grössten Zeitschrift der Schweiz» (Auflage: 1 006 000 Exemplare). Aufgabe dieses Blattes wäre es, uns die Detailgeschäfte sympathisch zu machen. Seine sturen politisierenden Texte aber vertreiben genau jene umweltbewussten Konsumenten, die eigentlich aus einem alternativen Bewusstsein heraus («Small is beautiful») die grossen Verteiler-Konzerne meiden möchten, aus dem Tante-Emma-Laden-an-der-Ecke.

In seiner neuesten Ausgabe nimmt das «PRO» die Umweltorganisation WWF aufs Korn. Die Zeitschrift stellt fest, dass der WWF aus allen Kreisen der Bevölkerung, vor allem auch von Jugendlichen, finanzielle Mittel bekomme. Die Spender «tun dies aber sicher nicht, damit das WWF-Management gemeinsam mit Organisationen, die unsern Staat und unsere Gesellschaft zerstören wollen, enorme Geldmengen einsetzt, um politische Ziele zu erreichen, die fernab vom Tierschutz liegen!»

Dazu wäre festzuhalten:

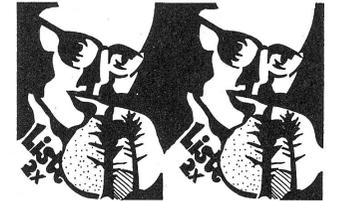
- Jeder informierte Umweltschützer lehnt den sowjetischen Gigantismus der es in frevelhafter Weise wagt, Ströme umzulenken und schlechtgeschützte Atommeiler bis zur voraussehbaren Katastrophe vor sich hinbrüten zu lassen, mit aller Entschiedenheit ab.

- Der Umweltschützer ist ein braver Mann, solange er in seinem Gärtchen seine Blümchen hegt und die Fröschelein mit Häglein vor dem Überfahren werden zu schützen versucht. Nachdem aber in unserer Generation Tausende von Tierarten und Hunderttausende von Pflanzengattungen ausgerottet worden sind, braucht es für einen intelligenten Menschen sicherlich keine Moskoviter-Spritze um zu merken, dass die Wachstumswirtschaft — sei sie nun privatkapitalistisch oder staatskapitalistisch geprägt — in einer schweren Krise steckt und durch den Einbau der ökologischen Komponente in die Wirtschaftsmodelle reformiert werden muss.

- Und da wir schon beim Tierschutz sind: Hier liegt der Hund begraben. Wenn wir unsere Natur schützen wollen, müssen wir einige allzufette «heilige Kühe» im Land der Eidgenossen abspecken. Denn weder lässt sich unser überspitztes Eigentumsdenken, noch die wachsende Bodenrente, noch die Ballung von Macht und Kapital in dieser Zeit bedrohlicher Umweltbelastung in einem demokratischen Staat länger verantworten.

## Was wollen die Schweizer eigentlich?

Schon vor zwei Jahrzehnten hat der Historiker Herbert Lüthy das «malaise suisse» als «eine eigentliche Schizophrenie zwischen unserm erklärten politischen Willen und unserm wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tun» diagnostiziert. Während wir uns mit vollen Segeln in die Komsumgesellschaft hineinmanövrierten, wurden die asketischen Tugenden gepriesen. Während wir wortgewaltig den Umweltschutz hochjubeln, droht Gefahr, dass wir im alten Stile weiterwursteln.



Ein kleines Münsterchen: In seiner letzten Rede hatte Willi Ritschard noch hoffnungsvoll festgehalten: «Im Umweltschutzgesetz sind die Umweltschutzverbände in den Rang von gesetzlich legitimierten Wächtern der Natur erhoben worden. Wir brauchen hier Aufpasser und beredete Prediger.» Und was geschah unmittelbar nach den Nationalratswahlen mit all ihren umweltschützerischen Wahlversprechen? Bei der Beratung des zürcherischen Umweltschutzgesetzes fegte die bürgerliche Ratsmehrheit die Beschwerdelegitimation der Umweltorganisationen leichtfertig vom Tisch.

Ein kleines Indiz beiläufig, wie wenig Parlamente heute ein Spiegel des Volkes sein können. Im hochentwickelten Indu-

Schluss Seite 6

## Angst und Schrecken

Angst und Schrecken verbreiten in den einschlägigen Kreisen die im nächsten Jahr zur Abstimmung gelangenden beiden Initiativen für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke und für eine gesicherte Energieversorgung. An der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) nannte der neue Präsident der SVA, Alain Colomb, brav der offiziellen Lesart folgend, die beiden Initiativen eine Atomverbots- bzw. Stromrationierungsinitiative. Colomb wörtlich: «Beide Volksinitiativen stammen von einem einzigen Komitee, und ihre Kombination ist hinterhältig.» Unberührt davon, was sich auf dem europäischen Strommarkt zurzeit abspielt, unbesehen auch, dass Frankreich und andere Länder ihre ehrgeizigen Atomstromprogramme gestoppt haben und der europäische Markt mit Billigstrom überschwemmt wird, behauptet der neugewählte AKW-Promotor, dass anstatt in der Schweiz die Atomkraftwerke dann einfach im Ausland gebaut würden. Seinen Zuhörern versprach der Präsident sodann, dass die SVA und alle ihre nahestehenden Organisationen der Wirtschaft und Wissenschaft ihre Arbeit gegen die Initiativen intensivieren werden. Auch der neuenburgische Regierungsrat und Nationalrat Jean Cavadini stiess ins

gleiche Horn, wenn auch weitaus gemässigter und intelligenter. Anlässlich der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) erklärte zu den Absichten der Initiativen: «Man wünscht hier also zuerst zu einer Gesellschaftsform überzugehen, die sich von den heutigen Gegebenheiten in unserem Land unterscheidet. Man bringt gesellschaftspolitische Veränderungen zur Sprache und wünscht eine tiefgreifende Änderung unserer heutigen Ansichten. Dieser Wunsch ist zwar berechtigt, er sollte aber von der Mehrheit unseres Volkes gutgeheissen werden.» Nun, die Mehrheit des Volkes, wenigstens die Mehrheit der noch stimmenden Bürger, kann ja nächstes Jahr ihren Willen bekunden.

Eine andere Gangart schlug GEK- und Atel-Präsident Michael Kohn ein, als er anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich eine Festansprache hielt und so auf die Atomenergiegegner eindrosch: «Sie (die Atominitiative) stellt einen Frontalangriff auf die heutige Stromversorgung, nicht zuletzt auch auf die des Kantons Zürich dar, welche sich heute zur Hälfte auf die Kernenergie abstützt.» Und zur Energieinitiative meinte Kohn: «Ihr eigentliches Streben liegt darin, die Energie- und besonders die Elektrizitätsversorgung in den staatlichen Griff zu be-

kommen und sie mit einem engmaschigen System von Vorschriften, Geboten und Verboten zu überziehen und zu bewirtschaften.» ... «Es ist eine Anti-Elektrizitäts- und im Grunde eine Anti-Wirtschaftsinitiative.»

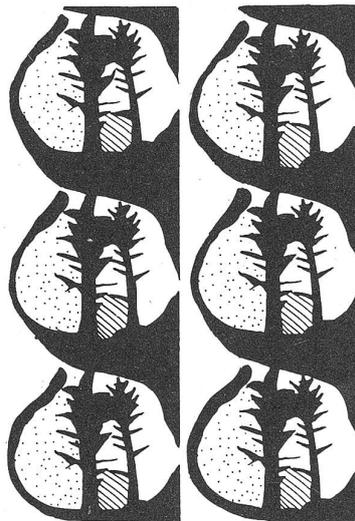
Die einzigen Argumente, welche der interessierten Elektrizitätswirtschaft gegen die beiden umweltfreundlichen Initiativen zur Verfügung stehen, sind Angst und Schrecken zu verbreiten und mit der Krise zu drohen.

Und noch ein prominenter Befürworter der Atomenergie hat sich über die beiden Initiativen ausgelassen: Dr. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft in Bern, an der International Fuel Cycle Conference im Juni in Genf. Er meinte zur Atominitiative: «Selbst wenn die Initiative in der Volksabstimmung abgelehnt werden sollte, was im Interesse einer gesicherten Energieversorgung notwendig ist, dürfte sich die Zukunft der Kernenergie in unserem Land am Werk Kaiseraugst entscheiden. Sollte die Anlage aus politischen Gründen nicht erstellt werden können, so dürfte sich auch das in der Planung nächste folgende Projekt, Graben, kaum realisieren lassen. Das Parlament des Standortkantons (Bern) hat entschieden, einen politisch motivierten Abtausch zwischen Kaiseraugst und Graben nicht zu akzeptieren. Der nukleare Hindernislauf

## Worte, Wahlen, Wandel

Schluss von Seite 5

strieland Schweiz gehören ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung zur breiten Schicht der Arbeiter und Angestellten, 6 Prozent sind Bauern. Hingegen haben 23 Bauern (Tendenz steigend), bloss jedoch 4 Arbeiter und Angestellte (Tendenz fallend) einen Nationalratsstimm errungen. Welche Probleme brennen dem Volke nun wirklich auf den Nägeln? Hier geben alle Befragungen die gleiche Antwort. Auch bei der letzten Umfrage der «Schweizer Illustrierte»: «Was die Schweizer von Bern erwarten», stehen Umweltschutz (Waldsterben) und Arbeitsbeschaffungsprogramm mit über 60 Prozent an der Spitze, es folgen Massnahmen im Bereich der Energiepolitik und im Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat (30 Prozent). Ziemlich abgeschlagen hinkt ausgerechnet jener Schwerpunkt unserer Ausgabenpolitik



hintendrein, der vom Parlament in letzter Zeit besonders intensiv gefördert worden ist: Militärisches Rüstungsprogramm.

«Umweltschutz und Arbeitsbeschaffung» – die Umweltschutzorganisationen sind seit einem Jahrzehnt nicht müde geworden, in ihren Modellen («Jenseits der Sachzwänge»/«Stabilisieren verhütet Krisen») darauf hinzuweisen, dass diese beiden Problemkreise in unserer Verschwendungsgesellschaft eng vernetzt sind. Energiesparen fördert den Umweltschutz und schafft sinnvolle Arbeitsplätze. Die Volksinitiative «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» ist im Grunde genommen auch ein klug durchdachtes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wir werden im Laufe des neu angebrochenen Jahres die Chance haben, dieser Initiative zuzustimmen. Werner Geissberger

